



Der Krieg in der Ukraine geht in sein drittes Jahr, die Fronten sind verhärtet, die militärische Dynamik schwankt – doch politisch steht für Europa eine ebenso grundlegende Frage im Raum: Wie geschlossen ist die Europäische Union noch, wenn es um Russland geht? Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat die EU eindringlich aufgefordert, ein weiteres Sanktionspaket gegen Moskau zu verabschieden. Die implizite Adresse seines Appells ist klar: Viktor Orbán, der mit seinem Veto droht und damit die europäische Geschlossenheit infrage stellt.

Was nach einer routinemäßigen Brüsseler Auseinandersetzung klingt, berührt in Wahrheit den Kern europäischer Handlungsfähigkeit – und die strategische Selbstverortung der Union in einer zunehmend multipolaren Welt.

Sanktionspolitik als geopolitisches Instrument

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat die Europäische Union in bislang beispielloser Dichte Sanktionen gegen Russland verhängt. Betroffen sind der Finanzsektor, die russische Zentralbank, der Zugang zu Hochtechnologie, der Energiesektor sowie hunderte Einzelpersonen und Unternehmen. Die eingefrorenen Vermögenswerte gehen in die Milliarden, der Ausschluss mehrerer Banken aus dem SWIFT-System markierte eine historische Zäsur.

Ökonomisch haben diese Maßnahmen Spuren hinterlassen. Russlands Wirtschaft schrumpfte 2022 deutlich, bevor sie sich – gestützt durch staatliche Ausgabenprogramme und eine kriegsgetriebene Industrieproduktion – partiell stabilisierte. Moskau orientierte seine Energieexporte verstärkt nach Asien, insbesondere nach China und Indien. Die Einnahmen aus Öl und Gas blieben trotz Preisdeckel bedeutend.

Gleichzeitig waren die Kosten für Europa real: Energiepreise stiegen zeitweise drastisch, energieintensive Industrien gerieten unter Druck, Inflationsraten erreichten in mehreren Mitgliedstaaten historische Höchststände. Dennoch hielt die politische Mehrheit in der EU am Sanktionskurs fest – aus strategischer Überzeugung, dass Untätigkeit langfristig kostspieliger wäre als wirtschaftliche Belastungen.



Ungarns Veto als wiederkehrendes Muster

Dass nun ein weiteres Paket ins Stocken gerät, liegt am Einstimmigkeitsprinzip der europäischen Außenpolitik. Jeder Mitgliedstaat kann blockieren – ein Mechanismus, der ursprünglich als Schutz kleinerer Länder gedacht war, in geopolitischen Krisen jedoch zur Achillesferse werden kann.

Ungarn unter Orbán hat dieses Instrument wiederholt genutzt. Budapest argumentiert, Sanktionen schaden der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und trafen die eigene Volkswirtschaft besonders hart. Ungarn bezieht weiterhin erhebliche Mengen russischen Gases und Öls und pflegt vergleichsweise pragmatische Beziehungen zum Kreml.

Orbán's Kalkül ist dabei vielschichtig. Innenpolitisch präsentiert er sich als Verteidiger nationaler Interessen gegen Brüsseler „Übergriffigkeit“. Außenpolitisch wahrt er Spielräume gegenüber Moskau. Und institutionell nutzt er Vetodrohungen regelmäßig als Druckmittel – auch in Haushalts- oder Rechtsstaatsfragen, in denen Ungarn selbst unter europäischem Druck steht.

Für viele Partnerstaaten wird dies zunehmend zum Problem. Denn je häufiger das Veto als Verhandlungspfand eingesetzt wird, desto stärker erodiert das Vertrauen in die Verlässlichkeit gemeinsamer Beschlüsse.

Macron und die Suche nach strategischer Autonomie

Macrons Vorstoß ist kein isoliertes Ereignis. Seit seinem Amtsantritt betont der französische Präsident die Notwendigkeit einer „strategischen Autonomie“ Europas – also der Fähigkeit, sicherheits- und außenpolitisch eigenständig zu handeln, auch unabhängig von den Vereinigten Staaten.

Zu Beginn des Ukraine-Krieges setzte Macron noch auf Gesprächskanäle zu Moskau. Seine wiederholten Telefonate mit dem Kreml – auch mit Wladimir Putin – stießen vor allem in Mittel- und Osteuropa auf Skepsis. Der Satz, Russland dürfe nicht „gedemütigt“ werden, wurde in Warschau oder Tallinn als mangelnde Sensibilität gegenüber historischen Erfahrungen interpretiert.

Inzwischen hat sich der Ton im Élysée-Palast deutlich verändert. Macron plädiert für verstärkte militärische Unterstützung der Ukraine, für eine Ausweitung der europäischen



Rüstungsproduktion und für langfristige Sicherheitsgarantien. Sein jüngster Druck in der Sanktionsfrage fügt sich in dieses Bild einer härteren, entschlosseneren Linie.

Dabei geht es nicht nur um Russland. Es geht um die Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts selbst. Eine Union, die in zentralen Sicherheitsfragen handlungsunfähig erscheint, verliert geopolitisches Gewicht – gegenüber Moskau ebenso wie gegenüber Washington oder Peking.

Das Einstimmigkeitsprinzip als strukturelle Hürde

Die aktuelle Blockade belebt eine alte Debatte: Sollte die EU in außenpolitischen Fragen zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung übergehen? Befürworter argumentieren, nur so könne die Union als geopolitischer Akteur bestehen. Kritiker – insbesondere kleinere Staaten – fürchten einen Verlust an Einfluss und Souveränität.

Frankreich unterstützt seit Jahren Reformüberlegungen. Doch Vertragsänderungen erfordern wiederum Einstimmigkeit – ein politisch heikles Unterfangen. Solange das institutionelle Gefüge unverändert bleibt, bleibt die EU anfällig für Blockaden einzelner Regierungen.

Gleichzeitig zeigen vergangene Sanktionsrunden, dass Kompromisse möglich sind. Übergangsfristen, sektorale Ausnahmen oder spezielle Schutzklauseln wurden mehrfach vereinbart, um nationale Bedenken zu berücksichtigen. Solche Lösungen mindern jedoch häufig die Durchschlagskraft der Maßnahmen und signalisieren nach außen begrenzte Entschlossenheit.

Wirtschaftliche Abwägungen und politische Signale

Die ungarische Argumentation, Sanktionen schadeten Europa selbst, ist ökonomisch nicht völlig unbegründet. Energieabhängigkeit, Lieferkettenprobleme und industrielle Anpassungskosten sind reale Faktoren. In Südeuropa etwa stehen fiskalische Spielräume ohnehin unter Druck, während osteuropäische Staaten sicherheitspolitisch besonders exponiert sind.

Macron gewichtet diese Aspekte anders. Für ihn ist die Sanktionspolitik ein strategisches Signal: Europa akzeptiert keine gewaltsame Verschiebung von Grenzen. Ein Nachlassen könnte Moskau als Ermüdung interpretieren – mit möglichen Auswirkungen auf die



Kriegsdynamik und die Verhandlungsposition Kiews.

Zugleich spielt innenpolitische Symbolik eine Rolle. Frankreich versteht sich traditionell als treibende Kraft europäischer Integration. In einer Phase, in der Deutschland innenpolitisch gebunden ist und transatlantische Unsicherheiten zunehmen, sieht Paris ein Machtvakuum, das es zu füllen sucht.

Ein Lackmustest für Europas Selbstverständnis

Die Auseinandersetzung um ein weiteres Sanktionspaket ist damit mehr als eine Detailfrage wirtschaftlicher Strafmaßnahmen. Sie berührt die grundlegende Frage, ob die EU bereit ist, geopolitische Verantwortung zu übernehmen – auch um den Preis interner Spannungen.

Hinter verschlossenen Türen wird intensiv verhandelt. Möglich sind erneute Ausnahmeregelungen für Ungarn oder zeitliche Staffelungen einzelner Maßnahmen. Doch jeder Kompromiss verschiebt das Gleichgewicht zwischen Einheit und Effektivität.

Für Beobachter in Mittel- und Osteuropa steht viel auf dem Spiel. Sie betrachten die Sanktionspolitik nicht nur als ökonomisches Instrument, sondern als sicherheitspolitische Lebensversicherung. In anderen Teilen der Union dominieren stärker industrie- und energiepolitische Erwägungen.

Macrons Appell, „voranzukommen“, ist daher mehr als ein diplomatischer Zwischenruf. Er ist Ausdruck einer strategischen Sorge: Wenn Europa in einer Phase fundamentaler Umbrüche nicht geschlossen handelt, verliert es an Gestaltungskraft. Die Entscheidung über ein weiteres Sanktionspaket wird so zu einem Gradmesser dafür, ob die EU ihrem eigenen Anspruch gerecht wird, ein politischer Akteur von globalem Gewicht zu sein – oder ob nationale Vetos diesen Anspruch dauerhaft relativieren.

Autor: P. Tiko